

BHKW möchte Genehmigung für Sonn- und Feiertage

Bürgerinitiative Heddesdorf/Heddesdorfer Berg und Politik möchten Rechte der Anwohner schützen



Das Befüllen des Spänebunkers ist mit Lärm und Staub verbunden.

Foto: privat

Neuwied. Die BHKW Flohr GmbH hat bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord eine wesentliche Änderung ihrer Anlage auf dem Rasselstein Gelände in Neuwied beantragt. Die Betriebstätigkeiten sollen auf Sonn- und Feiertage von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 20 Uhr ausgeweitet werden. Im einzelnen soll ein Radladerbetrieb zum Beschieken des Brennstoffbunkers und eine LKW Abfertigung, bestehend aus einer Entleerung des Reststoffsilos, Umsetzen und Absetzen von Containern und die Anlieferung und Abkippvorgänge von Überlängen-Holz genehmigt werden. Im Antrag weist der Betreiber darauf hin, dass eine tägliche Beschickung des Brennstoffbunkers an 365 Tagen im Jahr notwendig ist, um die Versorgung des Rasselstein Werk mit Elektrizität und Dampf sicher zu stellen. Die Bürgerinitiative Heddesdorf/Heddesdorfer Berg spricht sich gegen die Erteilung der Sonn- und Feiertags Genehmigung aus. „Der Radladerbetrieb zur Beschickung des Brennstoffbunkers und

die Lkw-Abfertigung findet bereits seit vielen Monaten statt, ohne dass darüber eine Genehmigung vorliegt. In den Antrags- und Planungsunterlagen zu dem BHKW aus dem Jahr 1999 ist zu lesen, dass an Sonn- und Feiertagen das Freiflächengeschehen ruht. Die SGDN wurde laufend auf diesen Missstand hingewiesen“, erklärt Hans Willi Grüber. Für die 200 Mitglieder starke Bürgerinitiative kündigt der Anwohner an, gegen das Vorhaben massiv vorgehen zu wollen. Die Bürger fürchten um ihre Gesundheit. In ihren Augen geht eine nicht unerhebliche negative Auswirkungen in Form vom kontaminiertem Staub und Lärm von der Anlage aus. Eine andere Sicht der Dinge hat die BHKW Flohr GmbH. Ralf Engel, geschäftsführender Gesellschafter erklärt, dass eine tägliche Beschickung selbstverständlich und unbedingt erforderlich sei. Der nun vorliegende Antrag diene lediglich der Klarstellung. Man wolle Unsicherheiten ausräumen, denn nach Auffassung der SGDN ist nicht eindeutig er-

sichtlich, dass eine Genehmigung für den Radladerbetrieb für die Brennstoff Beschickung an Sonn- und Feiertagen vorliegt. Was den LKW Betrieb anbelangt, so versichert Ralf Engel, wolle man von der Genehmigung nur wenige Male im Jahr Gebrauch machen. Die CDU Ratsfraktion ist der gleichen Ansicht wie die Bürgerinitiative und fordert den Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe. „Ohne Sonntage ist alle Tage Werktag“, sagt Georg Schuhen. „Es kann und darf nicht sein, dass die Wirtschaftlichkeit und Gewinnmaximierung zu Lasten der Menschen geht. Der Mensch muss Vorrang vor allen anderen Überlegungen haben. Dementsprechend gilt es zu handeln“, formuliert Werner Hammes. Mit Hinweis auf die Klage gegen das IHKW Andernach fordert die CDU Ratsfraktion die Stadtverwaltung Neuwied auf dafür zu sorgen, dass die bestehende Regelung eingehalten werden. „Hier muss die Verwaltung nicht nur die Bauplanungs- und baurechtlichen Vorschriften beurteilen. Vielmehr hat der Schutz der Menschen auf Unversehrtheit gegen Umweltbelastung und Lärmbelastung absoluten Vorrang“, so der Fraktionsvorsitzende Michael Kahn. Die CDU Fraktion erwartet vom Betreiber Kreativität und schlägt eine effizientere Bevorratung des Brennmaterials, beispielsweise durch einen zusätzlichen Brennstoffbunker, vor. „Bei den benötigten Holzmengen ist dass nicht zu realisieren“, stellt Ralf Engel klar. Zu mehreren Anlässen im Jahr würden sich den Sonntagen auch noch Feiertage anschließen oder mehrere Feiertage folgen aufeinander.

Über die Pläne zeigt sich die Fraktion des Bündnis 90/Die Grünen überrascht. „Wir haben das

Werk erst im vergangenen Jahr besucht und ein langes Gespräch mit Herrn Engel geführt. Damals war keine Rede davon, dass die Bunkerkapazitäten nicht ausreichend sein könnten“, sagt der Fraktionsvorsitzende Ralf Seemann und erläutert. „Das Werk war von Anfang für einen sieben-tägigen Betrieb ausgelegt, demnach sollten die Bunker ausreichend groß dimensioniert sein, um den Sonntag ohne weiteren Lade- und Rangierbetrieb überbrücken zu können. Obwohl wir dem BHKW grundsätzlich eine positive Haltung entgegenbringen, unterstützen wir in diesem Fall ausdrücklich die Belange der Anwohner und der Bürgerinitiative, die sich dafür einsetzen, die Belästigungen durch das Kraftwerk so klein wie nur irgend möglich zu halten. Aus rechtlicher Sicht wird es sicher schwer werden, die Genehmigung zu verhindern. Umso mehr ist hier der Schulterschluss aller Betroffenen, von den Anwohnern und der BI, wie auch von den politischen Parteien und der Verwaltung gefordert, um zu einer befriedigenden Lösung für alle zu kommen“. Die SPD Fraktion formuliert, dass der Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe der Anwohner höher zu bewerten ist, als die wirtschaftlichen Interessen der Betreiberfir-

ma. „Wenn die Anlage rund um die Uhr gefahren werden muss“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Sigurd Remy, „dann ist das ein Problem, das vom Betreiber logistisch zu lösen ist und nicht auf Kosten der Anwohner gehen kann“. Dem SPD-Ortsverein Heddesdorf ist noch ein weiteres Problem im Zusammenhang mit der Anlieferung für das BMHK zu Ohren gekommen. Danach sollen die Anlieferungen aus Richtung Dierdorf durch das Wohngebiet auf dem Heddesdorfer Berg erfolgen. Ortsvereinsvorsitzender Sven Lefkowitz fordert ein Durchfahrverbot, ausgenommen Anlieger, für LKW über 7,5 Tonnen und hat den Bauderzenten Reiner Kilgen entsprechend informiert.

Die Bürgerinitiative weist darauf hin, dass das Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung stattfindet. Bürger können ihre Bedenken mit Einwendungen gegenüber dem Vorhaben der SGDN bis zum 20. Juni mitteilen. Die Antragsunterlagen zu dem Vorhaben liegen noch bis zum 6. Juni bei der Stadtverwaltung Neuwied aus. Der öffentliche Erörterungstermin findet am 3. Juli ab 10 Uhr im VHS Gebäude statt.

- FF -